

Katastrophe mit Ansage

Vor fünf Jahren starben im Ahrtal und anderen Regionen in Westdeutschland zahlreiche Menschen bei einem Flutunglück. Dies war auch Folge von Behördenignoranz

Von Wolfgang Pomrehn

In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch jährt sich das folgenschwere Jülihochwasser 2021 zum fünften Mal. 184 Menschen starben seinerzeit in Westdeutschland, 41 weitere im benachbarten Belgien.

Wie kam es dazu? Schon die Wochen zuvor waren im betroffenen Gebiet überdurchschnittlich niederschlagsreich gewesen und die Aufnahmefähigkeit der Böden entsprechend eingeschränkt. Am 13. Juli setzte dann starker Regen ein. Verantwortlich war ein sich nur sehr langsam südostwärts bewegendes Tiefdruckgebiet, das sehr feuchte Luft von der zu warmen Ostsee anzog. Über mehrere Tage erstreckte sich nun ein Band besonders extremer Niederschläge vom französischen Metz über Luxemburg, das belgische Liège, die nördliche Eifel, bis in die Köln-Bonner Region und über den Rhein hinweg. Die Spur der Verwüstungen reichte schließlich bis nach Wuppertal und Hagen.

Im Kerngebiet, das die Region südlich von Liège, die nördliche Eifel, Teile des Rheinlands sowie des Bergischen Landes umfasste, fielen nach den Daten der Meteorologen am 14. Juli 2021 durchschnittlich 92,6 Liter Niederschlag pro Quadratmeter, was mehr als das Doppelte des bisherigen Spitzenwerts für diese Region in den Messreihen war, die bis 1950 zurückreichen. Verschärfend kam hinzu, dass es bereits am Vortag, am 13. Juli, ungewöhnlich stark geregnet hatte. Die Niederschläge an diesem Tag hatten bereits im oberen ein Prozent der bisherigen Tageswerte gelegen.

In Bächen und Flüssen der Region führte das zu katastrophalen Überschwemmungen und Sturzfluten. In Erftstadt im südlichen Rheinland trat die Erft über die Ufer und suchte sich einen neuen Weg durch den Ort. Die Fluten ergossen sich schließlich am Rand des Ortsteils Blessem in eine offensichtlich unzureichend gesicherte Kiesgrube. Deren Böschungen wurden so stark erodiert, dass es zu einem bis ins Wohngebiet zurückreichenden Erdrutsch kam. Mehrere Wohnhäuser sackten ab und brachen zusammen. Ein Mann kam dabei in den Trümmern seines Hauses ums Leben.

Die Staatsanwaltschaft Köln ermittelt noch immer gegen die Betreiberfirma – ein Tochterunternehmen des Braunkohlkonzerns RWE. Auch fünf Mitarbeiter der Bezirksregierung Arnsberg, die für Aufsicht und Baugenehmigung verantwortlich war, sind im Visier der Strafverfolger. Die Vorwürfe lauten auf Baugefährdung, auf fahrlässiges Herbeiführen einer Überschwemmung durch Unterlassen sowie auf Verstoß gegen das Bergbaugesetz. Laut

Agenturmeldungen besteht der Verdacht, dass sich an der Kiesgrube unzulässig steile Böschungen befunden hätten und es dort keinen Hochwasserschutzwall gegeben habe.

Noch viel schlimmer waren die Fluten südlich von Erftstadt am Nordhang der Eifel im Ahrtal: In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli schossen gewaltige Wassermassen in das enge Tal, rissen Bäume und Tiere, Häuser und Autos, Straßen und Brücken mit. Menschen starben in den Fluten. In Sinzig im Ahrtal ertranken zwölf Personen in einem Wohnheim für Menschen mit Einschränkungen, weil die Behörden den einzigen anwesenden Betreuer nicht rechtzeitig benachrichtigt hatten und die Türen des Hauses nicht zu öffnen waren. Sechs Jahre zuvor, 2015, war bei einer Katastrophenschutzbegehung der Einrichtung ein zweiter Betreuer für die Nachtschicht gefordert worden. Die zuständigen Behörden hatten dies allerdings aus Kostengründen abgelehnt.

Beim Technischen Hilfswerk (THW), das sich an der Rettung von Anwohnern beteiligte und monatelang bei den Aufräumarbeiten half, wurde vergangene Woche vom größten Einsatz der Organisationsgeschichte gesprochen. »Auch fünf Jahre nach der Katastrophe haben wir das große Leid und die Zerstörungen noch vor Augen. Ich bin sehr stolz darauf, was unsere ehrenamtlichen Kräfte an Ahr und Erft (...) geleistet haben«, sagt THW-Präsidentin Sabine Lackner. Die angerichteten materiellen Schäden waren enorm. Versicherungen haben über Milliarden Euro ausgezahlt, aber die vollständige Schadenssumme war um ein Vielfaches höher.

Eine Katastrophe mit Ansage, und zwar im doppelten Sinne. Zum einen, weil allgemein im Zuge zunehmender Erwärmung mit extremen Niederschlägen zu rechnen ist. Je wärmer die Luft, desto mehr Wasserdampf kann sie aufnehmen, und die sich ebenfalls erwärmenden Meere liefern davon reichlich. Zum anderen hatte es aber auch ganz konkret schon mehrere Tage im voraus für die Region Warnungen durch das europäische Hochwasserwarnsystem EFAS gegeben. Die Meteorologen hatten das sich nur langsam bewegende Tiefdruckgebiet in den Vorhersagen ihrer Wettermodelle gesehen und die entsprechenden Informationen weitergegeben.

Allerdings wurden die Vorwarnungen vor Ort von den Behörden lange nicht ernst genommen und die bedrohte Bevölkerung nicht informiert. Später hieß es von vielen Anwohnern, dass es auch in der Katastrophennacht keine oder nur viel zu späte Warnungen gegeben hatte. Katastrophenschutzübungen und adäquate Vorbereitungen hatte man sich gespart. Dabei war die Flut im Ahrtal dort nicht die erste ihrer Art. Im Juni 1910 hatte dort eine ähnliche Sturzflut bis zu 200 Menschen getötet. Dass bei Anwohnern die historische Erinnerung längst verblasst war, ist zu verstehen. Aber von den für Bauplanung und Katastrophenschutz zuständigen Kreisbehörden hätte man erwarten können, dass sie um die entsprechenden Gefahren wissen.

Fazit: Ein durch den Klimawandel besonders extrem ausgefallener Niederschlag traf auf eine vom Menschen unachtsam geformte Landschaft und die sträfliche Ignoranz unvorbereiteter Behörden. Viele Menschenleben hätten gerettet werden können, wenn sich die Behörden mit Katastrophenschutzübungen vorbereitet und die Bevölkerung rechtzeitig informiert hätte. Die Schäden an Häusern und Straßen wären geringer

ausgefallen, hätte man nicht auf vom Hochwasser bedrohten Flächen gebaut. Letztere lassen sich ohne weiteres auf der Grundlage historischer Erfahrungen und auch mittels der Berechnungen von Hydrologen und Meteorologen bestimmen.

Flüsse im Korsett

Die Juliflut 2021 hat für einen kurzen Augenblick dem ganzen Land vor Augen geführt, was für Extreme mit dem Klimawandel auch in Mitteleuropa auf uns zukommen und wie schlecht wir darauf vorbereitet sind. Nicht einmal auf Hochwasser von bereits aus der Geschichte bekannten Ausmaßen ist das Land vorbereitet. Flüsse werden eingeeengt und Flächen bebaut, die in früheren Jahrhunderten durchaus bisweilen überflutet wurden. Tritt heute ein Hochwasser auf, hat das um so dramatischere Konsequenzen.

Vielerorts sind inzwischen die Auenlandschaften bebaut, was nicht nur die Hochwassergefahr verstärkt, sondern auch in großem Umfang wertvolle und äußerst vielfältige Lebensräume zerstört. Bundesweit haben nach Feststellung des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) die Flüsse zwei Drittel ihres ursprünglichen Platzes zum Ausufern verloren.

Längst gibt es Verbote, die dem Einhalt gebieten sollen, doch die werden noch immer missachtet. Das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) hat ermittelt, dass zwischen 2019 und 2023 trotz Bebauungsverbots in Überschwemmungsgebieten bundesweit weitere 2,75 Quadratkilometer bebaut wurden, selbst nach der Ahrtalkatastrophe. Sogar in dem zerstörten Tal wurde manches Haus an gleicher Stelle wieder aufgebaut. Nach Angaben der Deutschen Umwelthilfe waren ein Jahr nach dem Hochwasser bereits 17 Milliarden Euro öffentlicher Gelder für den Wiederaufbau ausgegeben worden, allerdings ohne dass dabei auf Hochwasser- oder Umweltschutz geachtet worden wäre.

BUND-Geschäftsführerin Verena Graichen sagt dazu: »Wir wissen fünf Jahre nach der Ahrtalflut, dass wir uns besser vor Hochwasser schützen müssen. Aber enge Bebauung, höhere Deiche und immer mehr Polder sind keine adäquate Antwort – mit ihnen können die Fluten während der Hochwasserphase zwar gemanagt werden, ein absoluter Hochwasserschutz ist aber technisch weder machbar noch wirtschaftlich sinnvoll.«

Nur noch etwa ein Prozent der alten Auenwälder und -landschaften sind in ihrem ursprünglichen Zustand erhalten. Die meisten mussten längst der Landwirtschaft weichen oder wurden gar für Gewerbe und Siedlungen versiegelt. Das ist nicht nur schlecht für den Hochwasserschutz und den Erhalt der biologischen Vielfalt, sondern auch für den Wasserhaushalt. Das Management der Flüsse ist heute ganz darauf ausgerichtet, das Wasser möglichst schnell abfließen zu lassen. Dabei wäre es in Zeiten zunehmender Dürren wichtig, möglichst viel in der Landschaft zurückzuhalten, um trockene Sommer besser zu überstehen. Auenwälder und Feuchtwiesen könnten als natürlicher Schwamm dabei helfen.

Graichen: »Was wir brauchen, ist mehr Raum für die Flüsse, Geld für die Wiederherstellung von Auen, ein Stopp bei der Flächenversiegelung und

Investitionen in ökologischen Hochwasserschutz. In Deutschland wird zuviel Geld in die falschen Maßnahmen investiert. Bund, Länder und Kommunen sollten vermehrt auf ökologischen Hochwasserschutz setzen.«

(wp)

<https://www.jungewelt.de/artikel/526043.ahrtalflut-katastrophe-mit-ansage.html>